



Eine Gesellschaft ohne Wachstum lustvoll neu erfinden

Erste Konferenz der Stiftung Denkwerk Zukunft trifft auf große Resonanz – auch in konservativen Kreisen

*von Heike Leitschuh**

Die Wachstumskritik erfasst neue Kreise: Auch liberale und konservative Vordenker beteiligen sich jetzt. Weiteres starkes Wachstum scheint weder ökonomisch noch ökologisch möglich und reicht daher auch nicht aus, die sozialen Herausforderungen der Gesellschaft zu lösen. Die Alternative könnten andere als rein materielle Maßstäbe für ein gutes Leben sein, sowie völlig neue Wirtschafts- und Sozialkonzepte. Der Wandel würde fast alles Bisherige auf den Kopf stellen.

Ja, es stimmt, es ist nicht das erste Mal, dass das Wachstumsparadigma hierzulande kritisch hinterfragt wird. Ja, es richtig, es gibt Experten, die schon lange vor ungebremstem Wachstum warnen. Ja, es stimmt auch, wenige haben dies bislang ernst genommen, denn eine Wirtschaft mit wenig oder gar keinem Wachstum wollte und konnte sich niemand vorstellen. Nein, es ist deshalb kein kalter Kaffee, den Meinhard Miegel mit der Stiftung Denkwerk Zukunft auf deren Konferenz „Besser statt mehr – Wohlstand im 21. Jahrhundert“ am 30. November in Berlin aufwärmte. Es sind Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit, die dazu führen, dass Wachstumskritiker der ersten Stunde wieder Gehör finden, aber auch neue sich zu Wort melden: die aktuelle und tiefgreifende Wirtschaftskrise, die Tatsache, dass auch in Boomphasen die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden konnte, dass auch dann die Kluft zwischen Arm und Reich wuchs und dass der Versuch, den ökologischen Raubbau durch effiziente Technologien in den Griff zu kriegen, am schieren Mengenwachstum zu scheitern droht – national wie global. Dieses bringt ökologisch orientierte und linke, neuerdings aber auch liberale und konservative Vordenker in einen Saal.

Das volle Haus bei der Konferenz des Denkwerks Zukunft (350 Teilnehmer) zeigte: Das Thema bewegt die Menschen und erreicht neue Kreise.

Und doch liegt der Ansatz des Denkwerks Zukunft völlig quer zur gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Realität. Zeitgleich, da in Berlin die Wachstumsskeptiker darüber nachdenken, wie man „die Gesellschaft erneuern kann, ohne sich auf materielles Wachstum zu fokussieren und wie man besser leben kann, ohne immer mehr haben zu müssen“, wie Stefanie Wahl, die Geschäftsführerin der Stiftung die Fragestellung für die Tagung formulierte, beschließt die Bundesregierung ihr „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“; in ihrer Regierungserklärung wird Wachstum als Voraussetzung für alle anderen Ziele benannt. Zugleich aber stellt Kanzlerin Angela Merkel auch die Frage, wie es gelingen könne, ein zukunftsverträgliches Wachstum zu ermöglichen.

Abschied vom Wachstum unausweichlich

Kann es ein zukunftsverträgliches Wachstum geben? Dennis Meadows sagt „nein“. Der international renommierte Wissenschaftler aus den USA, ehemals Professor unter anderem am Massachusetts Institute of Technology der Universität Cambridge, war einer der ersten, der schon in den 1970er Jahren die „Grenzen des Wachstums“ aufzeigte, damals im Rahmen seiner Tätigkeit für den Club of Rome. Für viele beeinflusste diese Schrift ihr gesamtes weiteres Leben bzw. Arbeiten. Die meisten aber hielten seine Thesen, die den Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und der Endlichkeit der Ressourcen aufzeigten, aber auch den Widerspruch zwischen einer gesunden Ökonomie und immerwährendem Wachstumsstreben, für „unverantwortlichen Unfug“ (Meadows). Die Realität schien ihnen Recht zu geben: Die Wirtschaft wuchs weiter, der am Bruttonationaleinkommen gemessene Wohlstand ebenfalls, zumindest in sehr vielen Ländern. Heute aber präsentiert Meadows eine Graphik, wonach die Menschheit schon seit 1984 die Kapazitäten dieses Globus überstrapaziert, d. h. Ressourcen-, Energieverbrauch und Schadstoffeinträge sind höher als das Ökosystem verkraften kann.

Und die Kurve der Überlastung steigt weiter an. Die Szenarien von Meadows und anderen zeigen, dass das weltweite Wachstum zwischen 2010 und 2050 unweigerlich zu Ende geht, allerdings nicht ohne extreme gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Friktionen – wenn die Weltgemeinschaft nicht gegensteuert. Bisher versuchte sie das über den Weg umweltfreundlicher bzw. ressourceneffizienterer Technologien. „Das aber reicht bei weitem nicht“, meint Meadows, denn die Technologien „können das Ende des Wachstums allenfalls ein wenig hinauszögern, daran, dass die Raten sinken, können sie gar nichts

ändern“. Das sei inzwischen empirisch belegt. In Deutschland zum Beispiel ist die Rate von durchschnittlich über 8 Prozent pro Jahr in den 1950er Jahren kontinuierlich gesunken auf nur noch 0,8 Prozent pro Jahr in diesem Jahrzehnt. Wichtig aber: Die absoluten Größen sind nach wie vor beachtlich. Auch die Arbeitslosigkeit und die Krise der Sozialsysteme, so die Erfahrung, ließen sich mit Wachstum nicht beseitigen. „Wir doktern an den Symptomen herum. Das Problem aber ist das Wachstum selbst. Wir müssen daher unsere kulturellen Normen überdenken“, schlussfolgert Dennis Meadows.

Wie gesagt, die Wenigsten nahmen in den 1970er Jahren die weitsichtigen Überlegungen des Club of Rome ernst. Heute aber überbringt Kurt Biedenkopf, ehemaliger sächsischer Ministerpräsident und nun für die Hertie School of Governance aktiv, die Grüße eines Bundespräsidenten Horst Köhler, der „sehr an den Ergebnissen dieser Tagung interessiert ist“. Der selbst flicht in seine Reden immer wieder Sätze ein wie diese aus seiner Berliner Rede von Anfang 2009: „Wir haben uns eingeredet, permanentes Wirtschaftswachstum sei die Antwort auf alle Fragen. (...) Jetzt erleben wir, dass es der Markt allein nicht richtet. (...) Wir wollen gemeinsam beschließen, nicht mehr auf Kosten anderer zu leben. (...) Wir wollen Zufriedenheit und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht länger nur von einem quantitativen 'immer mehr' abhängig machen.“

Dennis Meadows zeigt auf, warum dieses „immer mehr“ schlicht nicht möglich ist. Die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen für die Produktion verursache immer mehr Kapitalkosten und mache Reinvestitionen schwieriger. Schon jetzt sei das Bruttonationaleinkommen von über 60 Ländern rückläufig. Die Veränderungen, die die Regierungen daher einleiten müssten, seien gewaltig. Vor allem sollten sie die Regierungsstrukturen so gestalten, dass der Zeithorizont erweitert werde. Dann, so Meadows, „wird erkennbar, dass Wachstum keine Probleme löst“.

Auch wenn es so aussieht, als ließe sich am Wachstumsparadigma nie und nimmer rütteln, so demonstriert der Optimist Meadows seinem Publikum mit einer kleinen Übung, dass nichts unveränderlich ist: Er bittet die Zuhörer ihre Arme zu verschränken, einmal, zweimal. 90 Prozent tun es auf dieselbe Weise. Der Versuch, es bewusst anders herum zu tun, irritiert, fällt schwer, aber er gelingt. „Sehen Sie“, strahlt Meadows, „das belegt: Erstens sind Veränderungen möglich, zweitens muss man dafür nachdenken und drittens ist es zunächst unbequem.“

Grenzen setzen, Wirtschaft erneuern, Denken verändern

Wie aber könnte ein Wohlstandsmodell aussehen, das ohne Wachstum auskommt? In Großbritannien beschäftigt sich zum Beispiel Tim Jackson mit dem Thema, der dort in der nationalen Kommission für nachhaltige Entwicklung mitarbeitet. Er sieht uns in ein „Unmöglichkeitstheorem“ eingesperrt, aus dem es gelte auszubrechen, denn das Dilemma sei: „Wachstum ist nicht nachhaltig, Schrumpfen aber macht die Gesellschaft instabil.“ Was also tun? Jackson, der an der Universität von Surrey Nachhaltige Entwicklung lehrt, schlägt eine völlig andere Art von Investitionen vor, bei denen es unter anderem darum gehe, soziale Infrastrukturen zu entwickeln, die gemeinschaftliches Leben, Nachbarschaftshilfe etc. fördern und somit Konsumbedürfnisse relativieren. Oder auch Arbeit zu teilen, statt nur krampfhaft neue Jobs schaffen zu wollen und Aktivitäten zu fördern, die dienstleistungsorientiert, also dematerialisiert sind, wie zum Beispiel Leihsysteme. Daran zu arbeiten sei sehr faszinierend, „denn wir leben in einer absolut herausfordernden Zeit“. Den Regierungen, aber auch uns allen schreibt er drei Aufgaben ins Stammbuch: Grenzen setzen, Wirtschaft erneuern und die Denkrichtung ändern.

Wohlstand neu definieren

„Das klingt so bestechend einfach und ist doch so schwer umzusetzen“, sagt Stefanie Wahl, Geschäftsführerin des Denkwerks Zukunft. „Wie aber schafft man den Wandel? Wo sind die Ansatzpunkte?“

In George Orwells Science Fiction, so Horst Opaschowski vom BAT- Freizeitforschungsinstitut in Hamburg, gab es ein Ministerium für Überfülle, „darin manifestierte sich der „Traum der westlichen Welt vom ewigen Überfluss.“ Dieser sei aber pervertiert: „Arbeiten ohne Ende, Armut ohne Grenzen und Leben ohne Sicherheit“ sei eher die Perspektive, die sich derzeit den Menschen böte. Klimawandel und wachsende Ungleichheit machten die Welt gefährlich. Deshalb fragt der Zukunftsforscher: „Wird es nicht höchste Zeit unseren Lebensstil kritisch zu überprüfen?“, zumal er einem großen Teil der Weltbevölkerung als Vorbild diene?

Als Alternative zeichnete er die Konturen eines „immateriellen Wohlstandskonzeptes“, bei dem „Gut leben statt viel haben“ die Devise sei – ein Leitbild, das man bereits 1996 im „Zukunftsfähigen Deutschland“ von BUND und Misereor fand. Könnte dieses eine Strahlkraft entwickeln, die breite Bevölkerungsteile erfasst und so für den Wandel aufschließt? Opaschowski klingt zuversichtlich, denn er macht immer mehr Menschen aus, die das gültige Wohlstandsmodell hinterfragen und sich immateriellen Werten wie Gesundheit, sozialen Netzwer-

ken oder Zeitsouveränität zuwenden. „Das soziale Kapital garantiert mehr Lebensglück als das Einkommenskapital.“ Konkret schlägt er vor, soziales Engagement, das derzeit umgerechnet 3,2 Millionen Vollzeitbeschäftigten entspreche, in die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes einfließen zu lassen. Denn so werde dieses zu einer produktiven Kraft. Und er verweist auf das kleine Königreich Bhutan, das „Bruttonationalglück“ zum Maßstab seiner Entwicklung gemacht hat: Nicht Wirtschaftswachstum ist dabei das herausragende Ziel, sondern Nachhaltigkeit. Bhutan hat zum Beispiel den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen seinen wirtschaftlichen Zielen untergeordnet, trotzdem liegt das Einkommen des armen Landes wesentlich höher als im benachbarten Indien.

Westliche Demokratien für den Wandel gerüstet?

Wie ist es nun aber um die Fähigkeit unserer Demokratie bestellt, die Herausforderung anzunehmen? Der Philosoph Otfried Höffe nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er sagt, die politisch Verantwortlichen versagten, weil sie das Thema Wachstum ebenso wie den demographischen Wandel der Gesellschaft verdrängten. Die Demokratie sei nicht gefährdet, weil sie keinen wachsenden Wohlstand mehr versprechen könne, sondern aufgrund der Kurzsichtigkeit von Strukturen, die zu „autistischen Subsystemen“ neigten. Im Übrigen sei es nie das Wesen einer Demokratie gewesen, immer mehr Wohlstand zu garantieren.

Höffe, der an der Universität Tübingen lehrt, glaubt aber dennoch an die Zukunftsfähigkeit der Demokratien: wegen ihres hohen bürgerschaftlichen Engagements sowie eines hohen Bildungs- und Ausbildungsniveaus. Für seine „Alternativen zum materiellen Wohlstand“ greift er auf die neuere Glücksforschung zurück, wonach „materieller Wohlstand hilfreich, aber nicht entscheidend sei für Lebensglück. Maßgeblich seien soziale Beziehungen, erfüllte Arbeit, Bildung und Engagement. Der Professor vergisst dennoch nicht zu erwähnen, dass er kein „sentimentales Lob auf die Armut“ singen wolle, denn schließlich „ist nichts entwürdigender als die ständige Sorge ums tägliche Brot“.

Raus aus dem viel zu kleinen Strampelhöschen

In der Diskussion macht der Soziologe Harald Welzer vom Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen deutlich, dass die Menschheit vor einem Problem stünde, das qualitativ alles Bisherige in den Schatten stelle: Sie müsse die Endlichkeit akzeptieren. Ex-Metro-Chef Klaus Wiegandt traut dies aber den jetzigen Eliten in Wirtschaft und Politik nicht zu, denn die seien im Grunde

machtlos. „Wer die nötigen großen Veränderungen anpackt, begeht politischen Selbstmord“. Mit seiner Stiftung Forum für Verantwortung konzentriert er sich daher lieber darauf, das Bewusstsein der Bevölkerung über Aufklärung zu verändern. Damit will sich jedoch Jacob von Uexküll, Stifter des Alternativen Nobelpreises, nicht zufrieden geben: Er verlangt eine Entmachtung der jetzigen Elite, wohingegen Welzer der Meinung ist, dass man sie brauchen könne, um Veränderungsprozesse anzuschieben, denn „sie haben Handlungsspielräume“.

Karl-Heinz Brodbeck, Volkswirt an der FH Würzburg-Schweinfurt, nimmt hingegen die ökonomischen Strukturen in den Blick, wenn er sagt: „Einen Kapitalismus mit Null Zins wird es nicht geben.“ Zins und damit Renditeerwartungen seien aber der Schlüssel für die Wachstumsspirale. „Wir müssen grundlegende Denkweisen und Gewohnheitspfade ändern“, meint er und empfiehlt zum Beispiel den Blick auf den Buddhismus. Evolutionsbiologe Arne Traulsen vom Max-Planck-Institut in Plön will jedoch bei aller notwendigen Diskussion über verschiedene Menschenbilder nicht gering schätzen, welche Veränderungswirkung davon ausgehen könnte, wenn es Preise gäbe, die die ökologische Wahrheit sagen. Ökonom Brodbeck wendet ein, dass physikalische Schranken, wie sie es in der Natur gäbe, eben nun mal nicht in Preisen abbildbar seien.

Wie aber kommt die Menschheit aus ihrem „Strampelhöschen“ heraus, „das ihr nicht mehr passt“? will Meinhard Miegel wissen. Wiegandt, von Uexküll und Traulsen verlangen insbesondere vor dem Hintergrund des drohenden Klimawandels weitreichende Maßnahmen der Politik, wie ein Notprogramm für Erneuerbare Energien oder den Entwicklungsländern den Regenwald abzukaufen und fordern zugleich jeden Einzelnen dazu auf, seinen Lebensstil zu überdenken (Wiegandt: „30 Prozent unseres Konsums hat mit Lebensqualität nichts zu tun.“). Welzer möchte, dass die Menschen „lustvoll, kreativ und kooperativ“ daran arbeiten, sich ihre Gesellschaft zu erschaffen, wohingegen Brodbeck bei seinem Thema bleibt: Die weltweite Herrschaft des Geldes müsse eingeschränkt werden und lenkt dabei die Aufmerksamkeit auf lokale Ökonomien.

So unterschiedlich die Akzente im Einzelfall gesetzt wurden: Dem Satz des Veranstalters dieser Tagung, Meinhard Miegel, es bedürfe einer „grundlegenden kulturellen Erneuerung“, wollte wohl niemand widersprechen. Nur so ließen sich die „großartigen Chancen“ ergreifen, die dieses Jahrhundert böte, um „menschengemäßer zu leben“. Miegel, der sich auch in Zukunft noch Wachstum vorstellen kann, aber mit einer „völlig andern Qualität als bisher“, sieht eine Transformation vom Materiellen zum Immateriellen kommen. „Wer dies“, wie in einem Zeitungskommentar geschehen, als „Eiapopeia“ abtue, zeige nur „wie kümmerlich sein Menschenbild ist“.

Fazit: Konzepte für den Umbau noch unausgegoren

Die Tagung war stark bei der Analyse, warum eine Politik des „immer mehr“ keine Lösung sein kann und darf und warum es eine andere Definition von Wohlstand braucht. Der Wunsch der Veranstalter, man möge Ansätze entwickeln, an welchen Stellen ein Wohlstand ohne Wachstum gesellschaftlich anschlussfähig sei, wurde jedoch allenfalls punktuell erfüllt. Vielleicht muss dazu ja das Konzept eines solchen Wohlstands, also die Frage, wie sich die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche (von den Sozialsystemen, über Bildung und Lebensstil bis zum Geldsystem) verändern müssten, noch viel genauer entwickelt werden. Dazu gehörte dann auch das Thema, das in Berlin nur ganz am Rande angeschnitten wurde: Bedeutet Wohlstand ohne Wachstum nicht auch Teilen? Von Arbeit? Von Ressourcen? Von Reichtum? National wie global? Andernfalls birgt das Konzept die Gefahr, dass es als Seditativum für die jetzigen und künftigen Verlierer der Gesellschaft missverstanden werden könnte. Viel Stoff für weitere spannende Debatten.

** Heike Leitschuh ist Buch-Autorin, Moderatorin und Beraterin für Nachhaltige Entwicklung, Frankfurt am Main, www.fairwirtschaften.de.*